

DGB Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg

Finanzausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Vorsitzenden Herrn Christian Dirschauer
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Per E-Mail: finanzausschuss@landtag.ltsh.de

Stellungnahme zum Antrag „Einführung einer Übergewinnsteuer“
Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 20/4485)

16. September 2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags,

der Ausschuss hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) mit dem Schreiben vom 15.07.2026 um eine Stellungnahme zu der o. g. Drucksache gebeten. Dieser Bitte kommt der DGB gerne nach.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen die Einführung einer Übergewinnsteuer. Eine Übergewinnsteuer ist dabei auch eine Frage der Gerechtigkeit und damit des sozialen Friedens in unserem Land.

Nahezu unumstritten ist, dass Mineralölunternehmen in diesem Jahr erhebliche und unerwartete Gewinne erzielen, während hohe Kraftstoffpreise erheblich Familieneinkommen reduzieren. Dies trifft zudem in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein mit seinen vielen Pendler*innen und zum Teil langen täglichen Arbeitswegen besonders viele Menschen.

Der DGB fordert, die Einnahmen aus einer Übergewinnsteuer für gezielte Entlastungen für besonders Betroffene zu verwenden.

Der DGB Nord fordert darüber hinaus auch eine Übergewinnsteuer für die Rüstungsindustrie. Hintergrund sind die massiven Gewinnsteigerungen von Rüstungsunternehmen seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der gestiegenen sicherheitspolitischen Spannungen. Während viele Beschäftigte mit Inflation, steigenden Energiepreisen und Unsicherheit als Folge des Kriegs kämpfen, profitieren Rüstungsunternehmen durch rapide steigende Aktienkurse, volle Auftragsbücher und hohe Gewinne – finanziert durch staatliche Aufträge und somit letztlich durch Steuergelder. Auch hier brauchen wir einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl. In diesem Zusammenhang verweisen wir gern auf die Eckwerte der IG Metall Küste für eine solche Steuer, die bereits in der Vergangenheit u. a. von den USA, Großbritannien und Frankreich erhoben wurde.

Laura Pooth
Vorsitzende
DGB Nord

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Telefon: (+49) 40 6077661-22
laura.pooth@dgb.de



Für weitere Beratungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

gez. Laura Pooth